



Mobiles Arbeiten in der Digitalen Verwaltung

Materna Virtual Solution GmbH · Januar 2024

Inhalt	Seite
Pflichtprogramm Digitalisierung: Wo öffentliche Verwaltungen heute bei der Transformation stehen – und wo sie hin müssen	4 – 5
Chancen & Herausforderungen: IT-Vereinheitlichung in deutschen Behörden vs. Innovationsgeschwindigkeit – und ein pragmatischer Lösungsansatz	6 – 7
Erst kultureller Wandel, dann digitale Verwaltung: Warum es nicht um Technologien, sondern um Menschen geht	8 – 10
Chancen & Herausforderungen: Der mobile Arbeitsplatz in Behörden vs. Cybersicherheit – und ein konkreter Lösungsvorschlag	11 – 13
Konzepte für den Einsatz mobiler Geräte im Öffentlichen Dienst: COPE und BYOD	14
BYOD und COPE als Lösungsansatz für die digitale Verwaltung der Zukunft: Container-Technologie, SecurePIM Government & die ausschreibungsfreie Beschaffung	14 – 18

Die Digitale Verwaltung der Zukunft

Zuletzt hat sich in der öffentlichen Verwaltung viel bewegt: Das Pandemiegeschehen 2020/21 forderte Behörden massiv, war aber zugleich Digitalisierungsbeschleuniger Nummer eins. Länder, Kommunen und Kreise haben in Rekordzeit transformiert, um Homeoffice und mobiles Arbeiten zu ermöglichen und Mitarbeiter:innen sowie Bürger:innen zu schützen. Doch es geht noch mehr! Lesen Sie hier, wie sich die digitale Verwaltung der Zukunft sicher und nutzerfreundlich ausbauen lässt!

Nach diesem Whitepaper kennen Sie

- + die aktuellen Daten & Fakten zum Stand der digitalen Verwaltung
- + die Chancen der Digitalisierung in deutschen Behörden
- + die größten Herausforderungen für die Verantwortlichen
- + technologische Lösungsansätze für sicheres mobiles Arbeiten
- + eine ausschreibungsfreie Beschaffungsstrategie mit dem richtigen Partner

Pflichtprogramm Digitalisierung. Nie war sie wichtiger!

Vor fast einem Jahrzehnt haben das Onlinezugangsgesetz und die IT-Konsolidierung von Bund und Ländern rechtliche Rahmenbedingungen für die Digitalisierung in deutschen Behörden geschaffen. Dann kam Corona und legte das öffentliche Leben 2020 weitgehend lahm – und mit ihm fast die gesamte Verwaltung.

Schluss mit Faxen

Fehlende Digitalstrategien, keine oder unsichere Internetverbindungen, erhöhte Sicherheitsanforderungen und eine schwerfällige Beschaffung von Soft- und Hardware – die Gründe, weshalb die digitale und mobile Arbeit in Behörden nur schleppend vorankommt, sind vielfältig. Die Pandemie löste nun einen Digitalisierungsschub aus. Plötzlich war es »5 nach 12«. Lebenswichtige Daten innerhalb der Behörden per Fax zu übermitteln,

durfte nicht länger der Anspruch sein. Vor allen anderen sollten Gesundheits- und Ordnungsamt handlungsfähig bleiben. Nun muss die übrige Verwaltung folgen. Das Fazit einer Studie des Bundesverbandes für Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e.V. (bitkom) und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) bringt es auf den Punkt:

»Die Digitalisierung ist weder Spielerei noch Luxus, sondern ein Pflichtprogramm für den gesamten öffentlichen Sektor.«

Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer Bitkom¹

Digitalisierungsversprechen weiter einlösen und moderner arbeiten

Handlungsfähigkeit lässt sich nur mit schneller, korrekter und sicherer Datenverarbeitung, digitalen Tools sowie mobiler Arbeit sicherstellen. Die teilweise hemdsärmelig umgesetzten Digitalisierungsmaßnahmen von 2020/2021

liefen nicht immer optimal – gerade bezüglich Sicherheitsaspekten. Aber der digitale Wandel scheint nun machbar. Jetzt gilt es, die großen und kleinen Chancen der Digitalisierung konsequent zu nutzen.

¹ https://www.kommune21.de/meldung_35282_Digitalisierungsschub+durch+Corona.html

Chance: IT-Vereinheitlichung in der Verwaltung

Was lange währt, wird endlich gut – wenn man die mangelhafte Vereinheitlichung der Staats-IT über einen Portalverbund löst. Der Druck, die IT zu zentralisieren, ist 2020 nochmals gestiegen. Frühestens 2028 ist dies jedoch tatsächlich realistisch².

Damit Bürger:innen Verwaltungsdienstleistungen durchgängig digital beziehen können, sind zudem über 7.000 Verfahren in 60.000 deutschen Behörden zu digitalisieren. Hier gibt es Lichtblicke: Mit weiteren drei Milliarden Euro schiebt der Bund die längst fällige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes nun voran³.

Diese digitalen Mammutaufgaben lassen sich lösen

1. durch ein vernetztes Vorgehen, das die Staats-IT integriert und die Entwicklung neuer bedürfnis-orientierter Lösungen ermöglicht
2. mit langfristigen Digitalstrategien, die bisher nur 8 % der Kommunen haben



2 <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/bundes-it-modernisierung-dauert-mindestens-drei-jahre-laenger-a-88bcf220-c934-4efc-965f-b96d5db7126e>

3 <https://www.behoerden-spiegel.de/2020/06/05/der-ozg-wumms-drei-milliarden-mehr/>

4 <https://www.zukunftskongress.info/sites/default/files/2019-11/Ergebnisse%20Zukunftspanel%202019.pdf>

5 BWI (<https://blog.bwi.de/portalverbund/>)

6 https://www.kommune21.de/meldung_35282_Digitalisierungsschub+durch+Corona.html

Herausforderung: Innovationsgeschwindigkeit

Diese langfristigen Fahrpläne sind gut, richtig und wichtig. Doch viele IT-Verantwortliche in Behörden müssen digitale Anforderungen am besten morgen schon erfüllt haben. Viele Verwaltungen haben keine Zeit mehr, weiter auf die langwierige IT-Konsolidierung zu warten. Sie müssen JETZT digitalisieren, haben jedoch kaum die Mittel, eigene Lösungen zu entwickeln. Für sie stellt sich die Frage:



»Wie kann ich bestehende Lösungen von anderen übernehmen oder mitnutzen? Und wie gelingt das auf kurzem Amtsweg?«

Hinzu kommt: Behörden, die bisher keine klare Digitalstrategie entwickeln konnten, werden sie nicht auf die Schnelle aus dem Boden stampfen – jetzt, wo sie anderweitig stark gefordert sind. Doch ohne langfristige digitale Vision sind künftige Herausforderungen nicht zu bewältigen. Sobald die Lage dies wieder zulässt, sollte man handeln. Ad-hoc sind Arbeitsmodelle zu modernisieren, um z. B. mobile Arbeit unterwegs bzw. im Homeoffice zu ermöglichen. Viele Behördenleitungen fragen sich:



»Wie sollen meine Mitarbeiter:innen ohne entsprechende Technik und Tools für kollaboratives Arbeiten effizient sein. Wie soll ich das auf die Schnelle ändern?«

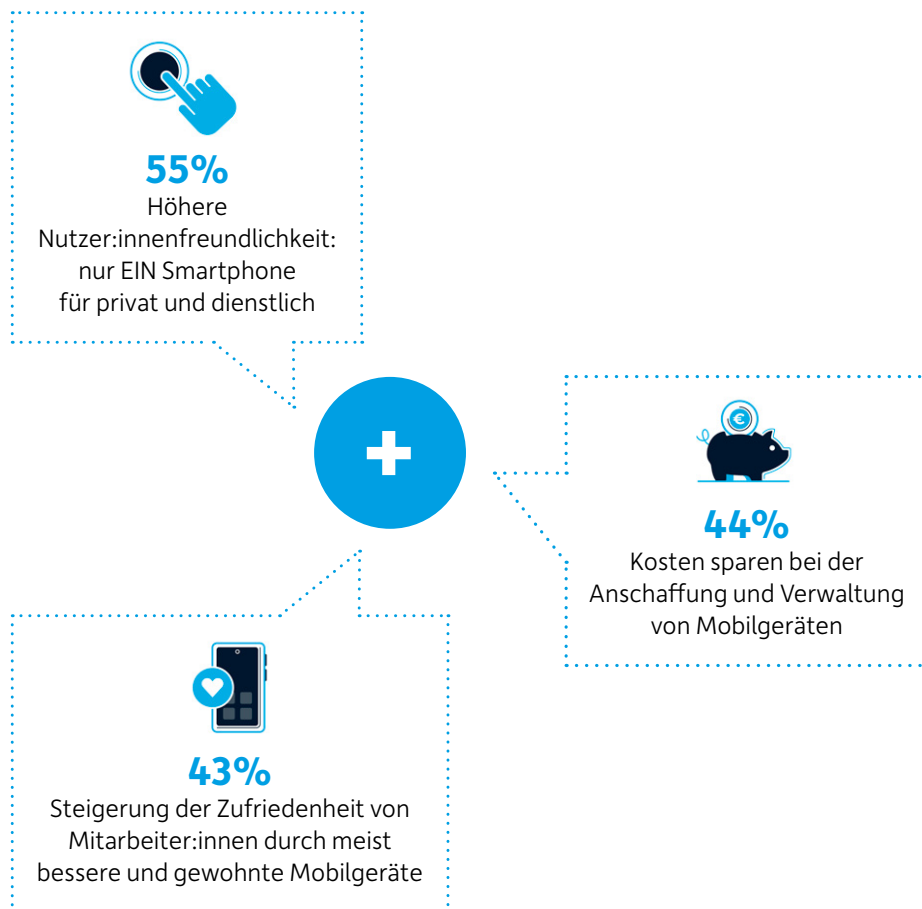
Lösungsansatz: Bring Your Own Device – jetzt aber sicher!

Einen pragmatischen Lösungsansatz bietet der Einsatz mobiler Privatgeräte von Verwaltungsmitarbeiter:innen. Dahinter steht ein Konzept namens »Bring your own device, kurz BYOD«, das in der Privatwirtschaft längst Usus ist. In der öffentlichen Verwaltung ist BYOD da sinnvoll, wo sich Dienstgeräte nicht schnell genug

beschaffen lassen. Wichtig: Die hohen Sicherheitsanforderungen für Behörden sind auch hier zu erfüllen.

Doch mit funktionierenden Infrastrukturen und Technologien ist es nicht getan. Auch in den Köpfen muss sich einiges bewegen.

BYOD Vorteile: Für die Teilnehmer des Zukunftspanels »Staat und Verwaltung« 2021 liegen die Vorteile auf der Hand.⁷



⁷ <https://www.virtual-solution.com/infografik-zukunftspanel2021-byod/>

Digitale Verwaltung: Kultureller und personeller Wandel ist nötig

Ja, die Verwaltung wird digitaler, noch jedoch zu langsam. Gerade beim mobilen Arbeitsplatz ist »Luft nach oben«. Die technologischen Möglichkeiten sind teilweise geschaffen, doch auch die Einstellung muss sich ändern: Homeoffice ist eben auch: Office. Und unterwegs zu arbeiten, ist auch Arbeit. Ein kultureller Wandel innerhalb der Behörden dürfte daher die größte Herausforderung für den Erfolg der digitalen Verwaltung darstellen. Laut eingangs erwähnter Umfrage des DStGB & bitkom schlossen 50 Prozent der Befragten in Kommunen Homeoffice vor der Corona-Krise kategorisch aus. Immerhin 37 Prozent taten dies währenddessen noch.⁸ Ein Zeichen mangelnder Digitalkultur, das sich rächen könnte, denn gerade im öffentlichen Sektor sind die digitalen Chancen enorm:

»War of Talents« erreicht den öffentlichen Sektor

Dieser Anachronismus dürfte gerade für eine demografieorientierte Personalpolitik schon bald zum Hemmschuh werden. Mit rund 4,2 Millionen Beschäftigten ist der öffentliche Dienst der größte Arbeitgeber Deutschlands. Um handlungsfähig zu bleiben, muss er sich stärker um qualifizierte Talente bemühen. Ausgerechnet die setzen jedoch einen modern ausgestatteten, mobilen, digitalen Arbeitsplatz voraus.

»In der öffentlichen Verwaltung mit ihren fünf Millionen Beschäftigten ist der Handlungsbedarf in Sachen Homeoffice mit Abstand am größten. Das noch immer weit verbreitete Festhalten an der Präsenzkultur ist anachronistisch.«⁹

Joachim Berg, Präsident Bitkom, Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e. V.

⁸ https://www.kommune21.de/meldung_35282_Digitalisierungsschub+durch+Corona.html

⁹ <https://www.br.de/nachrichten/meldung/bitkom-fordert-mehr-home-office-im-oeffentlichen-dienst,30035e7f0>

Nicht gern gesehen – der mobile Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor

Doch genau hier liegt das Dilemma des öffentlichen Sektors: Digitalisierung ja, aber bitte nur vor Ort. Während staatliche Vorschriften das Homeoffice im Zuge des verstärkten Pandemiegeschehens im Winter 2020/21 für die Privatwirtschaft quasi verpflichtend machte, nahm man »seine eigene Medizin« im öffentlichen Sektor nur äußerst ungern. Eine leitende Berliner Verwaltungsangestellte beschreibt jedenfalls:

»Wir stehen kurz hinter der Karteikarte.«¹⁰

Umwelt- und Kulturstadträtin von Berlin-Mitte, Sabine Weißler, über den technologischen Zustand ihrer Verwaltung, April 2020

Im »War of Talents« steht der Öffentliche Dienst mit seiner Unbeweglichkeit allerdings der Privatwirtschaft gegenüber und hat mit Karteikartensystemen und Präsenzplicht eine denkbar schlechte Ausgangslage. Der ohnehin steigende Rekrutierungsbedarf wird durch die digitale Transformation verstärkt, da Verwaltungsaufgaben komplexer werden. Dies führt zu gleich zwei Herausforderungen:

¹⁰ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-verwaltung-mangelhaft-digitalisiert-wir-sind-technisch-kurz-hinter-der-karteikarte/25717260.html>



1) Der demografiebedingte Personalmangel

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen Jahren um 2,3 Jahre auf 44,6 Jahre angestiegen¹¹. Bis 2030 scheidet jeder dritte Beamte aus.¹² Der demografische Wandel sorgt bereits jetzt für spürbare Engpässe auf dem Arbeitsmarkt.

2) Der spezifische Fachkräftemangel

Hier im Fokus: Die Suche nach IT-Fachkräften. bitkom e. V. spricht von einem konstant ungedeckten Fachkräftebedarf von ca. 82.000 Stellen in der IT-Branche in Deutschland generell¹³. Durch den rasant fortschreitenden digitalen Wandel ist die öffentliche Verwaltung zunehmend auf qualifiziertes IT-Fachpersonal angewiesen und dieses wiederum verlangt zeitgemäße Arbeitsmittel und -modelle.

Doch nicht nur das IT-Fachpersonal, auch junge Neueinsteiger:innen, die sich für die Arbeit in Verwaltungen interessieren, erwarten, regelmäßig an einem digitalen Arbeitsplatz im Homeoffice oder unterwegs arbeiten zu können. Hierin liegt gleichzeitig die größte Chance für Behörden! Es gilt, sie zu erkennen und zu ergreifen.

Digitalisierung ist in den Behörden angekommen – welche Themen sind jetzt besonders wichtig?¹⁴



48%

Digitalisierung Verwaltungs- & Arbeitsprozesse wie E-Akte



34%

Demografieorientierte Personalpolitik



32%

Attraktivität als Arbeitgeber steigern

11 Statistisches Bundesamt, 2015

12 <https://www.mckinsey.de/news/presse/2019-04-02-die-besten-bitte>

13 bitkom e. V., 2016

14 <https://www.virtual-solution.com/infografik-zukunftspanel2021-byod/>

Chancen: Der mobile digitale Arbeitsplatz in Behörden

Mobiles Arbeiten ermöglicht es der modernen Verwaltung, jederzeit handlungsfähig und in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben. Zudem ist es immer mehr Arbeitnehmern wichtig, flexibel und sicher von überall arbeiten zu können. Behörden, in denen dies Standard ist, dürften als Arbeitgeber für Nachwuchskräfte, aber auch Mitarbeiter:innen mit Kindern bzw. pflegebedürftigen Angehörigen deutlich attraktiver sein als jene, die keine flexiblen Arbeitsmodelle bieten.

Auch die Behörden selbst profitieren: Mobiles Arbeiten ermöglicht eine bessere, schnellere und effizientere Vernetzung innerhalb der Verwaltung unter anderem dank Messenger-Funktionen, geteilten Dokumenten und vielem mehr.



Herausforderungen: Fachkompetenz & Sicherheit

Die Aufgaben der IT-Abteilungen im Öffentlichen Sektor verändern sich derzeit massiv. Während die IT früher als unterstützende Abteilung agiert hat, ist sie heute ausschlaggebend für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Damit wächst die Verantwortung, aber auch die Angreifbarkeit.¹⁵ Die Komplexität steigt zusätzlich durch die hybriden Infrastrukturen, mit denen sich viele IT-Administrator:innen konfrontiert sehen. So sind manche Prozesse bereits digitalisiert und online verfügbar. Andere werden immer noch per Papier ausgetragen. Viele Anwendungen laufen noch auf lokalen Systemen, andere befinden sich schon in der Cloud. Um die IT in einer öffentlichen Einrichtung zu steuern, braucht es umfassende und teils auch neue Kenntnisse.¹⁶



»Ich muss hier einerseits mit fragmentierten und veralteten Systeme arbeiten. Auf der anderen Seite steigt der Druck, Innovationen einzuführen. Wie soll ich das zusammenbringen?«

Eine weitere Herausforderung, die den Sicherheitsbeauftragten in der Verwaltung schlaflose Nächte bereitet, ist das Thema Cybersicherheit. Laut des Zukunftspanels Staat & Verwaltung sieht die Mehrheit der Verantwortlichen den öffentlichen Sektor in Deutschland nicht ausreichend gegen Cyberattacken geschützt. Doch wenn die Behördenarbeit mobiler wird, wird sie zwangsläufig anfälliger für Datenschutzverstöße und Hackerangriffe. Die Studie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass 65,9 Prozent der auf dem Panel Befragten¹⁷ mobiles Arbeiten im Homeoffice in der ein oder anderen Form auch bereits umgesetzt haben. Hier bleibt zu erwähnen, dass es sich bei den Panel-Besuchern um Vertreter bereits sehr digital affiner Verwaltungen handelt. Und dennoch treibt auch sie der Schutz der mobilen Apps vor Fremdzugriffen auf sensible Daten um: Über 90 Prozent bestätigen in der Studie die hohe Relevanz von Cybersicherheit für die Digitalisierung ihrer Behörde.¹⁸ Die Frage, die sich stellt, dürfte also sein:



»Wie kann ich mobiles Arbeiten ermöglichen, ohne Abstriche bei der Sicherheit zu machen? Ich will und darf da keine Kompromisse eingehen.«

15 <https://www.egovernment-computing.de/digitale-arbeitswelten-a-778475/>

16 <https://www.egovernment-computing.de/das-it-management-der-zukunft-im-oeffentlichen-sektor-a-776859/>

17 <https://www.egovernment-computing.de/das-it-management-der-zukunft-im-oeffentlichen-sektor-a-776859/>

18 <https://www.zukunftskongress.info/sites/default/files/2019-11/Ergebnisse%20Zukunftspanel%202019.pdf>

Cybersicherheit ist wichtig – wird aber stark vernachlässigt

Das bestätigt das Zukunftspanel »Staat & Verwaltung 2021«¹⁹



76%

sehen die Dringlichkeit von verbindlichen und behördenübergreifenden Standards und Lösungen für die Cybersicherheit.



31%

halten den öffentlichen Sektor für hinreichend geschützt.



23%

der Befragten haben ihre Mitarbeiter:innen ausreichend für Cyber-Sicherheitsfragen sensibilisiert.

Lösungsansatz: BSI-zertifizierte Tools einsetzen

IT-Administrator:innen und Sicherheitsbeauftragte sollten bei der IT-Beschaffung mehr als nur »ein Wörtchen« mitzureden haben. Es gibt bereits Lösungen, die für das Arbeiten mit mobilen Endgeräten vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zugelassen sind. Sie entlasten Administrator:innen in Sachen Eigenentwicklung und beruhigen Sicherheitsbeauftragte mit Out-of-the-box-Datenschutz. Für welche Nutzungsstrategie man sich dabei letztendlich entscheidet, ob also BYOD oder COPE, ist dabei unerheblich.



¹⁹ <https://www.virtual-solution.com/infografik-zukunftspanel2021-byod/>

Konzepte für den Einsatz mobiler Geräte im Öffentlichen Dienst

Bring Your Own Device (BYOD)

BYOD bezeichnet die Nutzung von privaten Endgeräten für berufliche Zwecke. Dies umfasst den beruflichen Einsatz sowohl privater Hardware wie z. B. Smartphones samt kommerzieller und privater Software wie z. B. WhatsApp. BYOD beschreibt einerseits das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer, andererseits aber auch eine organisatorische Strategie.

Corporate-Owned, Personally-Enabled (COPE)

COPE bezeichnet die Möglichkeit der Nutzung von Behörden-IT für private Zwecke. Damit kann zum Beispiel die Überlassung eines dienstlichen Smartphones auch für Privatgespräche gemeint sein. Dies hat zum Beispiel den Vorteil, dass Beschäftigte unterwegs kein zweites Gerät mit sich herumtragen müssen.²⁰

BYOD und COPE als Lösungsansatz für die digitale Verwaltung der Zukunft

Private Geräte beruflich nutzen – bei jedem Datenschutzbeauftragten in Behörden schrillt da erst einmal die Alarmglocke. Nicht ohne Grund: Spätestens seit dem Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Mai 2018 müssen auch Verwaltungen auf eine strikte Trennung von privaten und dienstlichen Daten, Verschlüsselung und technische Standards achten. Hinzu kommt, dass es vor allem bei privaten Geräten nicht nur um den Schutz von internen dienstlichen Daten geht, sondern auch um persönliche Daten der Mitarbeitenden.

Sicherheit ist meist ein Problem von Schatten-IT

Fakt ist: Es ist schwieriger, ein mobiles Gerät zu sichern als einen stationären Computer, der in einer abgeschlossenen Behörde steht. Aber es ist heute durchaus möglich, auch BYOD-Strategien sicher zu gestalten. Sicherheits-Leaks oder Hackerangriffe sind meist ein Problem von sogenannter Schatten-IT. Denn bei Sicherheitsvorfällen sind es häufig intern ungeprüfte und nicht freigegebene Geräte sowie Software, die Angreifern erfolgreich als Einfallstor dienen.

Gute Lösungen basieren auf einer modernen Container-Technologie

Das Wichtigste und Schützenswerteste in einer Behörde sind die sensiblen, personenbezogenen Daten. Der einfachste und sicherste Ansatz ist dabei eine gesicherte Container-Lösung in Form einer App auf dem mobilen Endgerät.

Kommunikationslösungen, die auf dieser Container-Technologie basieren, legen den Fokus auf den Schutz der Daten auf dem mobilen Endgerät und sind unabhängig von der Sicherheit des darunterliegenden Betriebssystems. Entsprechende Lösungen schotten Behördendaten, E-Mails, Telefonie, Messenger-Funktionen, Dokumente und mehr in einem verschlüsselten Bereich ab. Damit lassen sich dienstliche Daten auf dem mobilen Gerät in einer geschützten Umgebung bearbeiten und verwalten. Informationen sind vor unautorierten Zugriffen, Verlust oder Manipulation geschützt und können nicht unkontrolliert ab- oder einfließen.

²⁰ Gefährliche Ignoranz? – Bring-Your-Own-Device, IT Consumerization und Co in der öffentlichen Verwaltung; Björn Niehaves, Sebastian Köffer, Kevin Ortbach / <https://idw-online.de/de/attachmentdata44861.pdf>



Container-Lösungen gewährleisten zudem die strikte Trennung von dienstlichen und privaten Daten, die der Datenschutz vorsieht. Das heißt: Nutzer:innen können aus dem abgeschotteten Bereich heraus nicht auf ihre privaten Apps zugreifen. So verhindert die Technologie beispielsweise, dass interne Informationen per Copy & Paste auf Facebook oder Twitter landen. Zugleich schützt sie aber auch die Privatsphäre der Mitarbeiter:innen. Zur Sicherheit der Datenübertragung verschlüsselt ein Gateway als Teil der Container-Technologien diese. Somit sind die Informationen sowohl im geschützten Bereich des Endgerätes sicher als auch bei der Übermittlung.

Gut zu wissen:

Auch beim Thema Messenger spielen Sicherheit und Datenschutz eine große Rolle. Die E-Mail gilt als sicher – was sie streng genommen nur ist, wenn eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vorliegt. Doch selbst dann tritt die E-Mail als weniger zeitgemäßes Arbeitsmittel zunehmend in den Hintergrund. Messaging ist schneller und effektiver. Die richtige Container-Lösung integriert verschlüsseltes Messaging und Telefonie für eine nahtlose und sichere Kommunikation.

Sicherheit ist das eine, aber Nutzerfreundlichkeit und Verfügbarkeit sind bei der mobilen Behördenarbeit mindestens genauso wichtig. Im Folgenden stellen wir eine Container-Lösung vor, die beides vereint:

SecurePIM Government: Alles sicher in einer App

SecurePIM Government ermöglicht es Behörden, von überall und jederzeit produktiv zu sein. Die Kommunikationslösung schottet E-Mails, Kontakte, Kalender, Notizen, Aufgaben, Dokumente, Intranet-Zugangspasswörter und Messaging auf mobilen iOS- sowie Android-Geräten in einem verschlüsselten Containerbereich ab. Die Daten sind via Passwort, PIN oder Identifikation per Fingerabdruck und Gesichtserkennung zugänglich.

Alle sicherheitsrelevanten Bereiche der SecurePIM App von Materna Virtual Solution und dem dazugehörigen Management Portal hat das deutsche Unternehmen selbst entwickelt – Sicherheit »Made in Germany«.



So realisieren IT-Leiter die vom BSI empfohlene strikte Trennung von privaten & dienstlichen Daten.

Mehr als sicher – optimale Nutzererfahrung inklusive

Eine sichere Lösung, die unbequem zu bedienen ist, verfehlt ihren Zweck. Moderne Anwendungen für Behörden müssen beide Anforderungen gleichermaßen gut erfüllen. Die Entwickler von SecurePIM haben sich daher an vertrauten Oberflächen der Betriebssysteme iOS oder Android orientiert. So ist die App intuitiv bedienbar, schnell zu synchronisieren und Nutzer:innen können durchgängig arbeiten – bei maximaler Sicherheit.

Deployment im Self-Service

Aufatmen in der IT-Abteilung. Auch Konfiguration und Roll-out der App sind einfach: In der Regel können Mitarbeiter:innen sich die Anwendung aus dem App Store oder bei Google Play herunterladen und loggen sich mit ihren Anmeldeinformationen ein. Die Installation eines Mobile-Device-Management-Profiles ist nicht nötig. Vorteil: SecurePIM passt sich an bestehende Infrastrukturen an – auch wenn sich diese einmal ändern.

Volle Kontrolle für IT-Administrator:innen

Entlastung für IT-Abteilungen: Das SecurePIM Management Portal erlaubt es Administrator:innen, einfach Sicherheitsregeln festzulegen und die Nutzer:innen zu verwalten. Die Software basiert auf derselben Sicherheitstechnologie wie die Systemlösung SecurePIM Government SDS. Diese ist die einzige vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zugelassene (iOS) bzw. freigegebene (Android) Lösung für die Verwendung von Informationen mit Geheimhaltungsgrad VS-NfD. Entwickelt in Deutschland nach deutschen Datenschutzrichtlinien bietet SecurePIM hohe Sicherheit für die Öffentliche Verwaltung.



IT-Beschaffung direkt und unkompliziert über das KdB

Um die digitale Verwaltung der Zukunft auf- und auszubauen, bleibt nicht viel Zeit. Da ist es gut, einen Digitalisierungspartner zu haben, der bereits über einen umfangreichen Rahmenvertrag mit dem Beschaffungsdienst verfügt und im Kaufhaus des Bundes (KdB) gelistet ist. Die sicheren mobilen Kommunikationslösungen von Materna Virtual Solution für Bund und Länder finden Sie ausschreibungsfrei unter der Rahmenvertragsnummer 52281.

Unsere Lösungen können natürlich auch von Kreisen, Städten und Kommunen beschafft werden – über unsere Partner und kommunale Beschaffungsverbände. Mehr Informationen finden Sie hier.

Sie möchten die Digitalisierung vorantreiben und mobiles Arbeiten für Ihre Behörde ermöglichen? Lassen Sie uns Ihre Herausforderungen lösen!





Über Materna Virtual Solution

Materna Virtual Solution, ein Unternehmen der Materna-Gruppe, ist ein marktführender Softwarehersteller mit Mobile Security Expertise ansässig in München und in Berlin, der sich auf Produkte und Beratungsleistungen im Bereich des sicheren ultramobilen Arbeitens spezialisiert hat.

Materna Virtual Solution konzentriert sich nicht nur auf die kontinuierliche Weiterentwicklung ihrer Applikation SecurePIM, sondern entwickelt auch Anwendungen für neue behördenspezifische Lösungen. SecurePIM basiert auf der Container-Technologie und versetzt Behörden in die Lage, mobil auf der Geheimhaltungsstufe Verschlusssachen – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) sowie auf der Sicherheitsstufe NATO RESTRICTED zu kommunizieren. Darüber hinaus entstehen im eigenen indigo Kompetenz-Center nicht nur neue Applikationen für das sichere ultramobile Arbeiten auf iPhones und iPads, auch die Umsetzung von kundenspezifischen Projekten sowie die Mobilisierung von Fachverfahren und Prozessen auf VS-NfD-Niveau sind Teil des umfangreichen Portfolios. Mit der Vision eines ultramobilen und sicheren Arbeitsplatzes bietet Materna Virtual Solution mit seiner umfassenden Expertise Beratungsleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette an – unabhängig von den eingesetzten mobilen Plattformen und Betriebssystemen.

Materna Virtual Solution wurde 1996 gegründet und beschäftigt rund 100 Mitarbeiter:innen. Alle Produkte der Materna Virtual Solution tragen das Vertrauenszeichen »IT-Security made in Germany« des TeleTrust-IT-Bundesverbandes IT-Sicherheit e.V.

MATERNA

VirtualSolution

Materna Virtual Solution GmbH
Mühldorfstraße 8 · 81671 München · T +49 89 30 90 57-0
kontakt@virtual-solution.com · www.materna-virtual-solution.com